

Schlechte Zeiten für Menschlichkeit und Toleranz in Ludwigsburg

Wie Menschen in der Stadt ab 1933 in Not gerieten*

von Jochen Faber

Vergessen wäre gefährlich! »Verbrechen gegen die Menschlichkeit, unter anderem: Mord, ethnische Ausrottung, Versklavung, Deportation und andere unmenschliche Akte gegen die Zivilbevölkerung oder: Verfolgung aufgrund von rassistischen, politischen und religiösen Motiven; unabhängig davon, ob einzelstaatliches Recht verletzt wurde.« So lautet die Definition der Londoner Charta vom 8. August 1945.

Mit dem Begriff »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« versuchten 1945 die Staaten, deren Armeen das nationalsozialistische Deutschland niedergedrückt hatten, die Verbrechen der Deutschen zu beschreiben und Maßstäbe zu ihrer Verurteilung zu schaffen. Dass sie einen ganz wichtigen rechtsstaatlichen Grundsatz unterliefen, indem sie den Straftatbestand erst definierten, nachdem die Taten begangen waren, war allseits bewusst. Angesichts der jahrelangen, geplanten, massenhaft praktizierten ungeheuerlichen Brutalität des Terror-Regimes und aller, die es unterstützten, wurde dieser Verstoß gegen einen formalen Rechtsgrundsatz in Kauf genommen. Unter anderem auch, weil »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« zwar eine neue Formulierung war, im Kern aber nur gewachsene Grundlagen des modernen Rechts zusammenfasste – bis hin zu biblischen Grundsätzen wie »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst« oder eben »Du sollst nicht töten«. Diese und alle darauf aufbauenden Gebote und Verbote brauchten angesichts der zwölf Millionen Menschen, die von den Nazis gezielt ermordet worden waren, dringend neue Schubkraft.

Diese zwölf Millionen Ermordeter, diese Abermillionen Ausgegrenzter und Verfolgter – von den Opfern der sogenannten »normalen Kriegsführung« ganz abgesehen –, alle diese Menschen hatten einen Namen, ein Gesicht, Ideen, Wünsche, Hoffnungen und Träume. Jede und jeder von ihnen hatte die angeborene Würde und die gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen, wie es die ebenfalls in der Folge der NS-Verbrechen verkündeten Allgemeinen Menschenrechte feststellen.

Alle diese zwölf Millionen Mordopfer waren unsere Nächsten, unsere Nachbarinnen und Nachbarn, wenn auch teilweise etwas entferntere. Aber etliche kamen aus derselben Stadt wie ich, und diese Nähe festzustellen, schockiert mich auch nach Jahren der Beschäftigung mit diesem Thema. Von einigen von ihnen soll nun die Rede sein. Dass auch die Täterinnen und Täter ebenfalls von hier kamen, dass die fanatischen Nazis, die Profiteure und Sich-Besser-Fühler, die gehorsamen Befehle-Ausführer und die angsterfüllten Sich-Nicht-Wehrer Tür an Tür mit den späteren Opfern gelebt hatten, diese Geschichte muss ein andermal erzählt werden.

* Geringfügig überarbeitete Fassung des am 13. Februar 2014 beim Historischen Verein gehaltenen Vortrags.

Hier kommen keine Sensationen zur Sprache, keine unglaublichen Entdeckungen, keine ungeahnten Forschungsergebnisse. Wie viele, die die Geschichte ihres jeweiligen Heimatorts erforschen, bin ich Laie, kein ausgebildeter Historiker. Ich trage zusammen, was ich an Informationen finde, werte es aus und trage Ihnen das vor.

Die drei Ludwigsburger Archive – das Stadtarchiv, das Staatsarchiv und die Außenstelle des Bundesarchivs – verwahren wichtige Quellen. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Menschen, die das NS-Regime oder die frühen Jahre danach bewusst erlebt haben: ganz wundervolle Quellen, wenn auch mit höchster Vorsicht zu genießen, weil Erinnerung sich mit der Zeit verändern kann, selbst wenn es völlig unbeabsichtigt ist. Frühere Veröffentlichungen, wissenschaftliche Untersuchungen oder auch Berichte von Betroffenen sind Grundlage meines Vortrags, ebenso Recherchen aus jüngerer Zeit, wie sie von vielen Aktiven aus der Ludwigsburger Stolperstein-Initiative oder aus dem Arbeitskreis »Dialog Synagogenplatz« betrieben werden.

Ich möchte mit einem Brief beginnen, die Ludwigsburger Ereignisse zu beleuchten. Am 23. März 1933 hatten Nationalsozialisten, Nationalkonservative und bürgerliche Reichstagsabgeordnete der Regierung von Adolf Hitler diktatorische Vollmachten erteilt: »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich« hieß das offiziell, »Ermächtigungsgesetz« sagt man heute zumeist. Sechs Tage später schreibt ein Ludwigsburger einen Brief an Adolf Hitler. Es ist Dr. Hermann Schuon, der Direktor der in Ludwigsburg ansässigen Bausparkasse GdF, später GdF Wüstenrot: »Hochgeehrter Herr Reichskanzler! Mit tiefer Erschütterung lese ich von den ungeheuerlichen Anschuldigungen, die in der ausländischen Presse über angebliche Greuelthaten in Deutschland noch immer erhoben werden. Um zum endlichen Siege der Wahrheit über Verhetzung und Lüge mein Teil beizutragen, habe ich als Vizepräsident des Bausparkassen-Weltkongresses 1933 in London mich mit folgender Depesche an die internationalen Spitzenorganisationen der englischen und amerikanischen Bausparkassenverbände gewandt: »Greuelnachrichten über Judenverfolgung erinnern an Kriegszeit. Unbedeutende Zwischenfälle in ersten Tagen nationaler Erhebung von Regierung missbilligt. Reichskanzler Hitler belegte Übergriffe mit schärfsten Strafen. Gegenteilige Nachrichten beruhen auf böswilligen und tendenziösen Falschmeldungen. Bitte herzlichst Verleumdungen rücksichtslos entgegenzutreten, wo immer Ihr könnt. Sorgt für weitgehende Verbreitung meiner Bitte.« [...] Genehmigen Sie, hochgeehrter Herr Reichskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochschätzung.«

Dieser Brief aus dem Aktenbestand der GdF Wüstenrot im Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg ist verstörend. Hier verharmlost ein Mann die Nazis, der nach allem, was ich von ihm erfahren konnte, in keiner Weise mit ihnen sympathisierte. Ein gebildeter Bürger an der Spitze eines innovativen Unternehmens biedert sich dem Diktator an. Einen Sinn ergibt dieses Dokument erst, wenn man sich den verbissenen Kampf der Nazis um die Bausparkassen vergegenwärtigt. Vier Monate später zeigt eine kleine Zeitungsnotiz im »NS-Kurier« vom 18. Juli 1933, dass Dr. Schuon sich völlig umsonst erniedrigt hatte. Unter der Überschrift »Beurlaubungen bei der GdF« ist zu lesen: »Wie die Telegraphen-Union erfährt, wurden aus Gründen der Neugestaltung des Unternehmens der Gemeinschaft der Freunde, Ludwigsburg, die Direktoren Dr. Oechslin und Dr. Schuon [...] vorläufig beurlaubt. Sie werden sich zunächst jeder dienstlichen Handlung zu enthalten haben und von ihren Befugnissen keinen Gebrauch machen.«

Hermann Schuon konnte sich die faschistischen Jahre über wegducken und machte nach deren Ende wiederum als Direktor die GdF größer, als sie zuvor war. Doch was ist mit der »Greuelpropaganda«, vor der er so eindringlich gewarnt hatte? Was waren



*Dr. Hermann Schuon (2.v.r.) mit Kollegen
vor dem Haupteingang des GdF-Verwaltungsgebäudes in der Hohenzollernstraße.*

die »unbedeutenden Zwischenfälle in den ersten Tagen der nationalen Erhebung«, von denen Schuon schrieb? Reichsweit wurde von Folter, Totschlag und Mord an Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftern berichtet. Versammlungsverbote vor der Reichstagswahl vom 5. März 1933 hätten auch Direktor Schuon nachdenklich stimmen können – auch in Württemberg und Baden wurden schon im Februar Veranstaltungen der Nazigegner verboten.

Wer in Ludwigsburg aufmerksam war – und dazu genügte die Lektüre der keineswegs nazikritischen »Ludwigsburger Zeitung« –, sah Willkür und Terror Einzug halten: In der Nacht vom 5. auf den 6. März verhafteten Ludwigsburger Nazis zahlreiche Aktivisten der SPD und KPD, darunter auch den kommunistischen Stadtrat Wilhelm Bader. An seinem Schicksal lässt sich die brutale Konsequenz des NS-Terrors gegen Andersdenkende während der gesamten Nazijahre erkennen: Er wurde zunächst für 13 Monate eingesperrt, 1936 dann wieder festgenommen, nach Verbüßung einer nicht rechtsstaatlich begründbaren Haft weiterhin eingesperrt und schließlich wenige Wochen vor dem Ende der Naziherrschaft im Konzentrationslager Dachau ermordet. Tatwaffe waren in seinem Fall die katastrophalen Haftbedingungen.

Etliche Dokumente von Mithäftlingen beschreiben diesen Mann, der aus Bartenstein in Hohenlohe als Arbeiter nach Ludwigsburg gekommen war, sich den Kommunisten anschloss und mit verschiedenen Zeitungsprojekten in der Stadt wie auch als Stadtrat seine Ideale voranzubringen versuchte. In seiner Recherche zum Stolperstein für Willy Bader in der Bauhofstraße 14 zitiert Walter Mugler einen Dachauer Häftling, den Pfarrer François Goldschmitt, mit seiner Beschreibung Baders: »Er regierte in den Stuben drei und vier wie ein guter Papa. Der kurz gewachsene breitschultrige Mann mit den abgehärmten, blassen Gesichtszügen schaute ernst und kummervoll drein.



*Zwei Ludwigsburger, die für ihre politische Überzeugung mit dem Leben bezahlen mussten:
Hermann Wißmann (links) und Wilhelm Bader.*

Willy hatte das frohe Lachen ganz verlernt. [...] Der arme Tropf musste Grausiges miterlebt haben, war er ja menschenscheu und wortkarg geworden. Trotz unserer politischen und religiösen Gegensätze verband mich mit diesem Kommunisten fast 30 Monate lang echte, aufrichtige Freundschaft. [...] Wenn wir in Dachau nur Blockpersonal und Kapos à la Willy Bader gehabt hätten, wären tausende Kameraden am Leben geblieben. [...] Leider ist dieser kreuzbrave, stets hilfsbereite Bader kurz vor der Befreiung am 10. März 1945 gestorben.«

Noch einmal zurück zum 5. März 1933: Ein anderer Verhafteter dieser Nacht nach der letzten Reichstagswahl war Hermann Wißmann aus der Oberen Straße in Hohenlohe. Auch er KPD-Mitglied, Vorsitzender im Hohenecker Turnverein und aktiv auch im »Athletiksportverein Täle«. Wie die anderen Verhafteten aus KPD und SPD wurde er kurzzeitig ins Militär-Arresthaus in der Hindenburgstraße gesperrt. Danach ging

der Transport von Ludwigsburg mit Autobussen auf die Schwäbische Alb ins Konzentrationslager Heuberg bei Stetten am kalten Markt. Karin Kohler, die seine Geschichte für die Ludwigsburger Stolperstein-Initiative erforschte, berichtet: »In der Bevölkerung war das KZ bekannt. Schon 1933 gab es die Redewendung: ›Halt bloß deinen Mund, sonst kommst auf den Heuberg.«

Obwohl das Lager nur wenige hundert Plätze hatte, waren bald 3 000 Männer dort eingesperrt, schikaniert, schwer verprügelt, durch Scheinerschießungen terrorisiert. Der genaue Anlass wurde von den Mitgefangenen nicht erkannt, doch am 8. April 1933 brach Hermann Wißmann in einer Arbeitspause zusammen und starb. »Er fiel plötzlich um – der Arzt konnte nur noch seinen Tod feststellen«, schrieb der Augenzeuge Karl Kunde, ein inhaftierter Kommunist aus Ludwigsburg, in seinen Lebenserinnerungen. Hermann Wißmann wurde nur 31 Jahre alt; er hinterließ eine junge Frau und eine dreijährige Tochter. Viele Freunde und politische Mitstreiter besuchten die Trauerfeier im Ludwigsburger Krematorium am 11. April 1933, die von den Nazis streng überwacht wurde. Falls jemand von der Verhaftung, dem Lager oder den Umständen seines Todes erzählt hätte, waren hohe Strafen angedroht. Hermann Wißmann bleibt der traurige Ruhm, der erste Tote im Konzentrationslager Heuberg gewesen zu sein.

Am 13. März besetzte die Ludwigsburger SA die Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Tageszeitung »Neckar-Post« in der Lindenstraße. Deren Leiter Alfred Tischendorf, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Ludwigsburger Gemeinderat, wurde vorübergehend verhaftet – völlig ohne rechtsstaatliche Grundlagen, von einer privaten Schlägertruppe, ohne staatliche Legitimation. Tischendorf konnte übrigens die Verfolgung überleben und tauchte nach dem Ende des Naziregimes als Referent im Stuttgarter Rathaus wieder auf. Die »Neckar-Post« erschien nie wieder, die öffentliche Meinung wurde ausschließlich von NSDAP-genehmen Medien dargestellt.

Das Herstellen und Verteilen von Flugblättern oder andere Propaganda gegen die Nazis blieb eine der wenigen, eher verzweifelten als wirkungsvollen Möglichkeiten von Widerstand, den auch Menschen in Ludwigsburg betrieben. Zahlreiche Verurteilungen in den folgenden Jahren wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zeugen davon, dass Menschen antinazistische Informations- und Meinungsschriften in Umlauf gebracht hatten.

Noch im März 1933 wurden viele Organisationen der politischen Linken in Ludwigsburg wie andernorts auch verboten. Das »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold«, das sich als Gegenorganisation zu den Straßenkämpfern von SA und SS verstand, wurde aufgelöst. Am 19. April 1933 meldete die Ludwigsburger Zeitung, es »ist neulich der Arbeitergesangverein ›Vorwärts‹ vorläufig polizeilich geschlossen worden, nachdem das gleiche Schicksal schon früher den Turnerbund Ludwigsburg, den Turnverein Hoheneck, den Turnverein Eglosheim e. V. und die freie Turnerschaft Oßweil ereilt hatte. In einigen anderen Fällen steht eine Entscheidung der Behörden noch aus.« Die Schieß- und Sportplätze der Arbeitervereine wurden geschlossen und das Vermögen eingezogen.

Im März 1933 standen Betriebsratswahlen an. Obwohl die meisten Mitglieder der freien Gewerkschaften arbeitslos waren, gab es keine Mehrheiten für die Nazis; sie erreichten in den einzelnen Betrieben zumeist Werte von etwa 25 Prozent, die freien Gewerkschaften über 70 Prozent. Von zahlreichen Ludwigsburger Betrieben sind noch die Vordrucke erhalten, auf denen frei gewählte Betriebsräte ihren Rücktritt erklären mussten, denn am 4. April wurden die Betriebsratswahlen per Gesetz aufge-

hoben. Walter Mugler hat 2013 in der Broschüre »Hütet die Einheit wie Euren Augapfel« auf solche Formblätter verwiesen, unter anderem von Orgelbau Walcker, Firma Hubele, GdF Wüstenrot, Wagner + Keller, Eisfink, Heinrich Franck Söhne GmbH, Ungeheuer + Ulmer, G. W. Barth, Beru usw.

Sofie Damböck, die bei der Betriebsratswahl am 25. März 1933 in Abwesenheit in den Arbeiterrat der Firma Bleyle gewählt worden war, wurde am 21. April das Mandat entzogen, und ihr wurde gleichzeitig gekündigt. Im Kündigungsschreiben der Firma Bleyle steht: »Nachdem Sie nun schon seit 11. März 1933 interniert sind, sehen wir uns genötigt, Ihren Arbeitsplatz anderweitig zu besetzen und kündigen Ihnen auf heute über 14 Tage, also auf den 20. April.« Am 21. April wurde Sofie Damböck ins Frauengefängnis Gotteszell gebracht. Der Fall lässt sich aus Akten im Ludwigsburger Staatsarchiv nachvollziehen.

Auf solche Weise wurde den letzten verbliebenen Nicht-Nazi-Organisationen die Basis entzogen. Unter sich zutiefst zerstritten, waren die moskautreuen Kommunisten und die Sozialdemokraten vielfach gelähmt gewesen. Ohne die Basis in den Betrieben waren politisch wirkungsvolle Aktionen restlos unmöglich geworden. Eugen Ochs, der das Konzentrationslager Buchenwald überlebte und nach dem Faschismus die IG Metall in Ludwigsburg mit aufbaute, erinnerte sich an den 1. Mai 1933: »Die Sozialdemokraten und die von ihnen geführten Gewerkschaften meinten noch immer, die Nazis könnten sich nicht lange halten und würden bald wieder aufgeben. [...] Deshalb forderten die Gewerkschaften die Arbeiter auf, am 1. Mai 1933 an den von den Nazis organisierten Maifeiern teilzunehmen. Nur einen Tag später, am 2. Mai 1933, bekamen sie die Quittung. Die Gewerkschaftshäuser wurden von den Nazis besetzt, die Gewerkschaften zerschlagen.«

Immer wieder nahmen die Nationalsozialisten sich andere Gruppen von Menschen ins Visier, beraubten sie ihres Platzes in der Gesellschaft und ermordeten, wen sie ermorden wollten. Kein großer Aufschrei stoppte sie, und mit jedem neuen Schritt wuchs die Angst der nicht oder noch nicht Bedrohten. Niemand hat die Reaktionen beziehungsweise Nicht-Reaktionen der deutschen Gesellschaft treffender beschrieben als Pastor Martin Niemöller, der zunächst die Nazis durchaus nicht abgelehnt hatte, dann aber schnell ein entschiedener Gegner geworden war und seit 1938 im Konzentrationslager Sachsenhausen gefangen gehalten wurde: »Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.«

Wenn wir uns die Nazijahre in Ludwigsburg betrachten, fehlt in diesem Text eine ganz wichtige Gruppe von Menschen, gegen die ein extrem brutaler Terror praktiziert wurde – Menschen mit Behinderung. Als wäre es ein Testlauf für den industriellen Massenmord an Menschen jüdischer Herkunft, wurden 1940 und 1941 rund 70 000 Menschen eiskalt geplant ermordet, über 10 000 davon im württembergischen Grafeneck. Die relative Nähe von Wohnort und Tatort der Nazimorde brachte Unruhe auf. Der einzige Lernerfolg bei den Mördern war, in den folgenden Jahren ihre Verbrechen besser zu verschleiern.

Albert Imle aus der heutigen Niedersachsenstraße in Oßweil wurde in Grafeneck ermordet, als er zwölf Jahre alt war. Schüler des Goethegymnasiums sammelten Informationen, damit im April 2011 ein Stolperstein zur Erinnerung an sein Schicksal vor dem Haus verlegt werden konnte, in dem er mit seiner Familie gewohnt hatte.

Vermutlich durch eine Hirnhautentzündung wurde das Kind in seiner Entwicklung eingeschränkt. Noch vor seinem fünften Geburtstag wurde der Junge in der Heilanstalt Stetten aufgenommen. Von dort aus wurde er im ersten von insgesamt sechs Transporten »auf Anordnung vom Innenministerium« in die Tötungsanstalt Grafeneck »verlegt«.

Johanna Grünewald, geboren 1890, besuchte die Ludwigsburger Töchtermittelschule und war eine sehr gute Schülerin. Im Ersten Weltkrieg starb ihr Mann. Ihr Bruder schrieb später: »Man wird wohl annehmen dürfen, dass sie damals innerlich



Johanna Grünewald wurde 1941 in Hadamar ermordet.

zusammengebrochen ist.« Auch eine neue Heirat brachte sie nicht wieder in seelisches Gleichgewicht. Klinikaufenthalte in der Psychiatrie in Weinsberg halfen ihr überhaupt nicht. Im März 1941 wurde sie »ungeheilt entlassen« und in die frühere hessische Landesheilanstalt Hadamar gebracht. Die dortige Gedenkstätte berichtet: »Von Weinsberg gelangte Frau Grünewald in einem Transport mit 80 weiteren Patienten am 10. März 1941 nach Hadamar. Da die Patienten eines solchen Transportes in der Regel noch am Tag der Ankunft in die im Keller der Anstalt befindliche Gaskammer geschickt und ermordet wurden, ist der 10. März 1941 als Todestag von Johanna Grünewald zu betrachten.«

Zahlreiche solcher Morde gehören zur Geschichte von Ludwigsburger Familien. Noch lange nicht alle sind aufgeklärt und öffentlich. Die Ludwigsburger Stolperstein-Initiative wird am 19. Mai dieses Jahres drei weitere Geschichten von Morden an Menschen mit Behinderung oder Krankheit dokumentieren – durch Stolpersteine und durch ergänzende Berichte.

Besser dokumentiert sind die Ausgrenzung, Verfolgung, Ausplünderung, Vertreibung und Ermordung von Nachbarinnen und Nachbarn

jüdischer Herkunft. Auch wenn nicht alle religiöse Juden waren: der Hinweis auf die Herkunft genügte, um nach und nach alle Menschenrechte zu verlieren – und auch allen Schutz von Menschen, mit denen man in dieser Stadt gelebt hatte. Vom edlen Begriff des Gemeinwesens blieb da nur noch das gemeine übrig.

Das prominenteste Beispiel für solch eine Ermordung auf Raten ist der Fabrikant Max Elsas aus der Marstallstraße 4. Albert Sting hat zusammen mit Martina Kütterer seine lange Geschichte für die Stolperstein-Verlegung 2009 in kurzer Form zusammengefasst: »Der zierliche Mann mit seinem schwarzen, später silbergrauen Bart

wirkte vertrauens-erweckend. Jeder in der Stadt wusste, dass Max Elsas es ehrlich meint und niemanden übervorteilen würde. Max Elsas praktizierte das Ethos eines emanzipierten Juden, der edel und tadelsfrei leben will. Der engagierte Lokalpolitiker und Unternehmer hat sich für das Gemeinwesen der Stadt Ludwigsburg eingesetzt. 1882 trat er der Feuerwehr bei. Von 1905 bis 1908 war er Mitglied des Bürgerausschusses, wurde als Mitglied der Demokratischen Partei in den Stadtrat übernommen und wenige Jahre später zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters ernannt. [...]

Zum 70. Geburtstag im Jahr 1928 wurde Max Elsas ehrend in der Zeitung erwähnt. Dagegen findet man am 10. März 1933, dem 75. Geburtstag, 40 Tage nach der so genannten ›Machtergreifung‹ der Nationalsozialisten, kein Wort mehr über Max Elsas in der Presse. Am 3. April desselben Jahres aber war in der Ludwigsburger Zeitung zu lesen: Rücktritt des Fabrikanten Max Elsas aus allen öffentlichen Ämtern. Er wurde wie alle jüdische Bürger systematisch isoliert. Der frühere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Wilhelm Keil berichtete: ›Ich war Augenzeuge, wie der Greis gebeugt ein Lebensmittelgeschäft mit höflichem Gruß betrat. Man nahm keine Notiz von ihm, erwiderte seinen Gruß nicht und bediente ihn nicht. Zerknirscht schlich er davon.‹

Am 10. November 1938, als die Synagoge auch in Ludwigsburg niedergebrannt worden war, wurde der 80jährige Max Elsas in seiner Wohnung verhaftet und ins Gefängnis ›Blockhaus‹ an der Schorndorfer Straße gebracht. Als der Sohn Dr. Ludwig Elsas von dem Vorgang erfuhr, stellte er sich für den Vater, der daraufhin auf freien Fuß gesetzt wurde. Aber der Sohn blieb in Haft und wurde ins KZ Welzheim gebracht. Bis zum Jahresende 1938 wurde die Firma ›arisiert‹. Die Familie Elsas hatte von nun an kein Einkommen mehr und wusste, wann sie vor dem Nichts stehen würde. Besonders stark belastete die Situation seinen Sohn Bernhard Elsas, der sich von nun an in ärztlicher Behandlung befand. Als Bernhard Elsas, seiner Frau und ihren Kindern in letzter Sekunde im Jahr 1941 die Auswanderung nach Amerika gelang, schaute Max Elsas hinter den Gardinen hervor, dem von der Marstallstraße abfahrenden Taxi nach. Da seine Frau Ida Elsas, geb. Fellheimer, am 7. April 1939 verstorben war, fristete Max Elsas von nun an ein Dasein in völliger Isolation.

Als sich die Nationalsozialisten dazu entschlossen, die Städte und Dörfer ›judenfrei‹ zu machen, wurde auch Max Elsas am 2. Dezember 1941 in das Zwangsaltenheim für Juden in Eschenau, in der Nähe von Heilbronn, eingewiesen und von dort aus

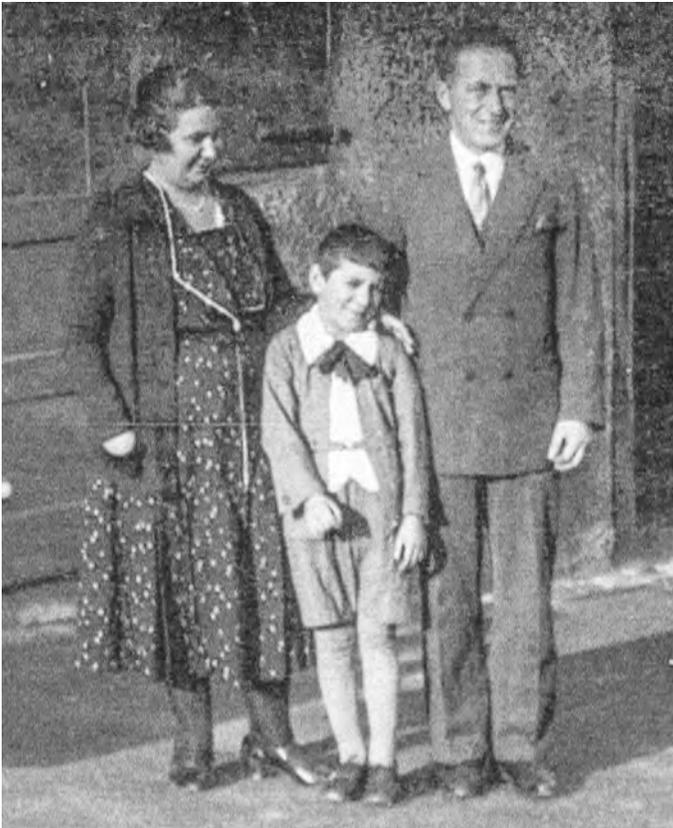


Ida und Max Elsas.

am 22. August 1942 in das KZ Theresienstadt deportiert. Dort ist Max Elsas am 30. September 1942 an Entkräftung und Krankheit gestorben.«

Viel weniger bekannt als Max Elsas war der gelernte Hutmacher Samuel Szylił. Er wohnte mit seiner Frau Anna in der Hospitalstraße, sie hatten einen großen Sohn, den 1925 geborenen Alfred. Alfred Szylił schrieb später: »Dann kam das Jahr 1933 und ich hörte meine Eltern leise von jemandem namens Hitler sprechen, was für mich in diesem Moment nichts bedeutete. Aber ich bemerkte eine Veränderung in meinem Klassenzimmer. Unser netter Lehrer verschwand, ohne sich zu verabschieden. An seine Stelle trat eine jüngere Person, die es bei jedem Thema schaffte, einige Anspielungen auf Juden, und wie schrecklich sie sind, mit einzubauen. Damals wussten wir noch nicht, was der Unterschied ist, alle Jungen spielten zusammen und ich hatte mit keinem Probleme. Doch der Hass im Klassenzimmer wurde allmählich deutlich und jede Rede von Hitler wurde über vor der Schule aufgestellte Lautsprecher übertragen. Wir mussten die gesamte Rede anhören.

1935 folgte ein weiterer Schock. Mein Onkel Jacob Säbel [...] wurde als Rassen-schänder verhaftet. Sein Verbrechen bestand darin, dass er mit einem deutschen Mädchen verlobt war. Er wurde zu zwei Jahren Zwangsarbeit verurteilt und ins



Alfred Szylił mit seinen Eltern.

Konzentrationslager Dachau gebracht, wo er jeden Tag im Steinbruch arbeiten musste. Als er schließlich entlassen wurde, befahl man ihm, niemandem etwas über die raue Behandlung zu erzählen, anderenfalls würde er den nächsten Tagesanbruch nicht erleben. [...]

Im Juli 1938 wurde mein kleiner Bruder Max in Stuttgart geboren, und er war gerade mal drei Monate alt, als wir unsere nächste schockierende Erfahrung machten. Am späten Abend des 28. Oktobers (ich hatte schon geschlafen, wachte aber auf) hörte ich Männerstimmen und eine laute Auseinandersetzung in unserem Vorzimmer, ich war sehr verängstigt. Am nächsten Morgen kam meine Mutter in mein Zimmer, mit Max auf dem Arm und Tränen in den Augen. Die Gestapo war gekommen, um meinen Vater zu verhaften, ohne Mantel und ohne persönliche Sachen wurde er im Auto nach Stuttgart gebracht, der erste Schritt, ihn nach Polen zu deportieren. [...]

Ungefähr sechs Wochen später bekam ich den Bescheid, mich bereit zu machen, um an den Stuttgarter Bahnhof zu gehen, um den Zug mit dem Kindertransport am 5. Januar zu nehmen, der mich und viele andere Kinder über Holland nach England bringen sollte.

Meine liebe Mutter und mein Bruder verbrachten noch fünf Monate alleine, in denen meine Mutter sich ohne Einkommen um alles selbst kümmern musste und einen Käufer für unser kleines Heim finden musste. Sie musste sich auf den Anruf der Polizei in Ludwigsburg vorbereiten, nach Stuttgart gebracht zu werden, um meinem Vater über die polnische Grenze, in ein Auffanglager in Bonzine, zu folgen. Sie wurde von einer seiner Schwestern abgeholt und nach Czenstochowa gebracht, wo sich seine Eltern und seine Familie aufhielten.

Bei der Invasion der deutschen Truppen wurde Polen überwältigt, die SS übernahm das Kommando und die polnischen Juden wurden in ein Ghetto in der Stadt gebracht und wurden dort umgebracht, während der Rest ins Vernichtungslager abtransportiert wurde, Treblinka, wo im September 1942 die meisten Überlebenden, einschließlich meiner Eltern und meinem kleinen vierjährigen Bruder, umgebracht wurden.«

Im Jahr, in dem der jüngste Sohn der Szylits geboren wurde, 1938, hatte sein großer Bruder Alfred Bar-Mizwah gefeiert: am 11. Juni in der Ludwigsburger Synagoge an der Ecke Alleenstraße/Solitudestraße. Damals hieß die Alleenstraße zusammen mit der heutigen Friedrich-Ebert-Straße »Adolf-Hitler-Straße«, die Solitudestraße wurde ein Jahr später in »Ernst-von-Rath-Straße« umbenannt.

Dieser Ernst von Rath war ein frühes NSDAP-Mitglied und Botschaftsrat für Hitlerdeutschland in Paris. Am 7. November 1938 feuerte der junge Jude Herschel Grynszpan fünfmal aus einem Revolver auf ihn und rief, er tue dies im Namen von 12 000 verfolgten Juden. Die Nazis nahmen dieses tödliche Attentat zum Anlass, eine längst vorbereitete Welle der Gewalt gegen jüdische Einrichtungen zu starten. Durch einen Rundruf wurden Nationalsozialisten im gesamten Deutschen Reich aufgerufen, für die Nacht vom 9. zum 10. November einen »spontanen Volkszorn« gegen Juden zu inszenieren.

Es ist allgemein bekannt, dass die Ludwigsburger Nazis den »spontanen Volkszorn« verschlafen hatten und die 1884 errichtete Synagoge erst am Mittag des folgenden Tages in Brand steckten – mit Feuerwehr, um die Nachbarhäuser zu schützen, und mit dem Stellvertreter von Oberbürgermeister Karl Frank, dem fanatischen Nazi und Betriebsleiter der Bausparkasse GdF, Ferdinand Ostertag, unter den Verantwortlichen vor Ort.



Die Ludwigsburger Synagoge an der Ecke Alleinstraße/Solitudestraße wurde 1884 erbaut und am 10. November 1938 in Brand gesteckt.

Vor einigen Jahren berichtete die in Ludwigsburg geborene Luzia Sakreida (geb. Stemmer) in einem Interview: »Das war an dem Tag, an dem die Synagoge brannte. Wir sind von der Schule nach Hause gelaufen, da haben wir am Eck Wilhelmstraße/Kirchstraße einen SA-Mann gesehen, der einen Stein in das Schaufenster vom Kaufhaus Grumach geworfen hat, am hellen Mittag. Erwachsene sind dort nicht dabei gewesen, nur wir Schulkinder. Ich war da zehn Jahre alt, den SA-Mann kannte ich, weil er im selben Haus gewohnt hat wie wir, das war der Düringer. Die alten Leute vom Kaufhaus standen ängstlich unter der Tür, das weiß ich noch wie heute. Die haben kein Wort gesagt, die sind ganz traurig da gestanden.

Wir haben dann gesehen, dass in Richtung vom Bahnhof eine große Rauchwolke war, und sind rübergelaufen. Da hat die Synagoge gebrannt. Sie hat schon lichterloh gebrannt, wie das alles gekommen war, haben wir da nicht mehr sehen können. Ein paar Leute sind da schon rumgestanden, Kinder und auch Erwachsene. Sie sind eben so dagestanden und haben zugehört, gefreut hat sich wirklich keiner.

Die Enkeltochter von den Leuten vom Kaufhaus Grumach war meine Schulfreundin Ellen Kaufmann; der Besitzer vom Kaufhaus Grumach, Salomon Kaufmann, war ihr Großonkel. Ich war aus Bayern nach Ludwigsburg gekommen, und ich konnte nur breites Bayerisch sprechen. Unser Lehrer, der Scheible-Karle (Karl Scheible) konnte nur Schwäbisch sprechen, und ich habe ihn oft nicht verstanden. Da hat er die Ellen neben mich gesetzt, die sollte für mich ins Schriftdeutsche »übersetzen«, was er auf Schwäbisch sagte, damit ich im Unterricht mitkomme und die Sprache hier auch noch lerne. So wurden Ellen und ich Freundinnen, außerdem wohnten wir in der Bärenstraße und Ellen mit ihrer Familie wohnte in der Eberhardstraße 26, also grad ums Eck.



*Das Kaufhaus »Gebr. Grumach Nachf.« an der Ecke Wilhelmstraße/Kirchstraße
(Aufnahme um 1937).*

Ellen und ich gingen immer zusammen von der Schule heim. Ich habe sie einmal gefragt, warum sie in Religion immer frei hatte. Da sagte sie, wenn ich dir das sage, dann willst du bestimmt nicht mehr mit mir zusammen gehen. Ich hab sie aber nochmal gefragt, und dann hat sie mir gesagt: »Ich bin Jüdin.« Ich hatte noch nie mit Bewusstsein einen Juden gesehen und wusste überhaupt nicht, was das bedeuten sollte. Auch meine Leut haben nicht darüber geredet, wir haben eigentlich die Juden nicht gehasst.

Die Ellen ist dann weggekommen. Bei einem Treffen von der Klasse, so etwa 1995, war sie dann auch dabei. Da hat sie erzählt, dass sie zuerst noch in Stuttgart auf der Schule war, auf der jüdischen Schule. 1939 ist sie mit ihrer Familie nach Chile ausgewandert, sie ist dann 1958 nach Amerika gegangen und hat dann dort geheiratet, einen Dozenten von der Universität, und zwei Töchter hat sie auch.

Der Düringer, der das Schaufenster eingeworfen hat, das war ein ganz billiger Mensch. Der lief immer in der SA-Uniform rum, weil er sich da besser vorkam. Als der in Russland war, hat seine Frau einen anderen Mann kennengelernt. Da hat er dann gesagt, wenn er 10 000 Mark von dem Mann bekommt, dann kann der die Frau behalten.«

Vergessen wäre gefährlich. Wir müssen erinnern. Wir müssen uns auch erinnern an Dinge, die wir nicht selbst erlebt haben. Ein Beispiel: Der »Arbeitskreis Dialog Synagogenplatz« hat über mehrere Jahre in der Stadt die Frage öffentlich diskutiert, wie der Platz künftig gestaltet und genutzt werden soll – um zeitgemäß zu erinnern. Im Herbst 2013 hat der Gemeinderat auf Grundlage der Ergebnisse dieser Diskussion eine Neugestaltung beschlossen.

Ein anderes, viel kleineres Beispiel: Eine Zusammenstellung von Informationen wie dieser Vortrag ist ein Angebot, Erinnerungen im gemeinsamen Bewusstsein zu halten. Steife Erinnerungsrituale sind nicht die Lösung. Mit der Erinnerung zu leben, Geschichten von Tätern und Opfern zu kennen und verstehen zu lernen – das kann wichtige Anregungen geben.

In einer Stadt wie unserer, mit Menschen aus rund hundert Ländern, mit unterschiedlichsten Weltanschauungen, Religionen und Meinungen, brauchen wir zwei Dinge: Einen guten Rahmen – den bietet schon das Grundgesetz; in seiner Präambel legt es wenigstens die meisten der Allgemeinen Menschenrechte als Grundlage für unser gemeinsames Leben fest. Und wir brauchen lebendige Inhalte in diesem Rahmen – also einen streitbaren, vernünftigen und freundlichen Umgang miteinander, kurz: Toleranz. Die zwölf Jahre Nazi-Alltag und Nazi-Terror, die so vielfältig mit den Jahren davor und danach verflochten sind, können uns dabei ein wichtiges Signal sein. Da wissen wir schon mal, was wir nicht tun dürfen. Festzulegen, was wir tun, ist jeden Tag unsere neue gemeinsame Aufgabe.

